



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

**UKA**

über die  
1. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses  
am Montag, dem 16.05.2022  
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend

**SPD**

Herr Denis Aschhoff  
Herr Heinrich Behrens  
Herr Daniel Heidler  
Herr Gökçen Kuru  
Frau Brigitte Langer  
Frau Jutta Maeder  
Frau Nadine Pasalk  
Frau Stephanie Sabiniarz  
Herr Volker Sekunde

**CDU**

Herr Michael Bierhoff  
Frau Sarah Grüneberg  
Herr Stefan Helmken  
Frau Susanne Middendorf

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Peter Gerwin  
Frau Christina Kollmann  
Herr Marian-Rouven Madeja

**DIE LINKE / GAL**

Herr Andreas Meier

**FDP**

Herr Fabian Gulcz

**Sachverständige gem. Beschluss des Umwelt- u. Klimaschutzausschusses**

Herr Rainer Nehls

**Verwaltung**

Herr Matthias Breuer

Frau Stefanie Haake  
Herr Karsten Harrach  
Herr Dr. Uwe Liedtke

Gäste

Herr Jochen, GSW Baudrexl

Entschuldigt fehlten

Herr Winfried Borgmann  
Herr Dennis Kobus  
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel  
Herr Timon Lütschen  
Herr Matthias Meschede  
Frau Dr. Natalie Renkhoff  
Herr Andreas Sude  
Herr Hans-Heinrich Wortmann

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Aschhoff**, begrüßte die Anwesenden, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

**A. Öffentlicher Teil**

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes   | Vorlage  |
|-----|--|----------|
| 1   | Bestellung einer/eines Schriftführerin/Schriftführers  | 034/2022 |
| 2   | Einwohnerfragestunde   |          |
| 3   | Konzept für E-Ladestationen im Kamener Stadtgebiet   |          |
| 3.1 | Sachstandsinformation durch den Geschäftsführer der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen, Bergkamen, Bönen, Herrn Baudrexl sowie weiteres Vorgehen  |          |
| 3.2 | Sachstandsbericht zur Erarbeitung eines Konzepts für den Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektroautos<br>hier: Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  |          |
| 4   | Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes für die Gesamtstadt, Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes für den Stadtteil Methler sowie Erstellung eines Energetischen Quartierskonzeptes für den Stadtteil Methler<br>Stand der Vergabe und Darstellung der Prozessstruktur | 048/2022 |
| 5   | Kommunales Förderprogramm „Artenreich und bunt“ – Maßnahmen zur Begrünung von Garagen und Carports in der Stadt Kamen  | 047/2022 |
| 6   | Klimaschutzgremium<br>Bericht der Verwaltung   |          |
| 7   | Plakate Beetpatenschaften und Wiesenschilder „Artenreich“<br>Bericht der Verwaltung  |          |

8 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

## B. Nichtöffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes                                    | Vorlage |
|-----|---|---------|
| 1   | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen                                |         |
| 2   | Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung |         |

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.  
034/2022

Bestellung einer/eines Schriftführerin/Schriftführers

### **Beschluss:**

Der Umwelt- und Klimaschutzausschuss bestellt für die Dauer der laufenden Wahlperiode Herrn Matthias Breuer zum Schriftführer und Herrn Dr. Uwe Liedtke zum stellvertretenden Schriftführer.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen vorgebracht.

Zu TOP 3.

Konzept für E-Ladestationen im Kamener Stadtgebiet

Zu TOP 3.1.

Sachstandsinformation durch den Geschäftsführer der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen, Bergkamen, Bönen, Herrn Baudrexl sowie weiteres Vorgehen

Über folgende Punkte referierte Herr **Baudrexl** in seinem Vortrag:  
Beim Ausbau der Ladeinfrastruktur geht es darum, welche Rolle hat eigentlich die Stadt, welche Rolle hat der Energieversorger. Die Versorgung soll hochfahren werden und in dem Zusammenhang stellt sich die Frage:

Wie werden zukünftig E-Autos betankt? Die GSW hat die Bestände im Blick, wie viele E-Autos gibt es eigentlich. In dem Zusammenhang steht aber auch die „Henne-Ei-Frage“ im Raum. Wie groß ist also die Ausbaunotwendigkeit.

Wo werden die Fahrzeuge geladen: 60 % zu Hause, 15 % am Arbeitsplatz, 5 % an der Autobahn, 10 % am Zielort/ im öffentlichen Raum. Somit finden Ladevorgänge zu 25 % im öffentlichen Raum statt.

Welche Ladetechnologien gibt es? Steckdose, Wallbox (3,7 kW, ca. 6 – 8 h), öffentliche Ladesäule (11 – 22 kW, ca. 2 h), Schnellladepark (350 kW, ca. 1 h oder weniger). Mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Kapazitäten werden dadurch die Netzbetreiber vor große Herausforderungen gestellt.

Wallboxen müssen beim Netzbetreiber angezeigt werden. Man geht in dem Bereich allerdings von einer Dunkelziffer von rund 50 % aus. Schon an dieser Stelle kann es zu Kapazitätsproblemen kommen. Die Leistungsbereitstellung für Schnellladeparks, wie von EnBW am Kamener Kreuz, ist eine Herausforderung. Das kann ein Netzbetreiber nicht so ohne weiteres zur Verfügung stellen.

Auch Wohnungsbaugesellschaften, wie die UKBS werden vor Herausforderungen gestellt. Hausbesitzer laden in der Regel zu Hause, am Besten in Kombination mit einer Solaranlage. Es muss aber auch mit einbezogen werden, dass die Reichweiten der Fahrzeuge auch immer größer werden. Im Geschosswohnungsbau ohne Tiefgaragen ist die Aufgabe der Eigentümer auf den Grundstücken Standorte für Ladesäulen zu finden.

Die Stadt hat die Aufgabe anzustoßen und der Motor zu sein. Welche Rolle nimmt der Versorger ein? Wer engagiert sich finanziell? Das muss mit den Gesellschaftern diskutiert werden. Wirtschaftlichkeit spielt in dem Zusammenhang keine Rolle. Mit Ladesäulen ist gerade kein Geld zu verdienen. Es geht darum, die Standorte gemeinsam zu identifizieren und zu hinterfragen, ob sie richtig gewählt sind. Die Leitfrage ist: Welche Menschen sollen erreicht werden? Liegt der Fokus eher auf zentralen Bereichen wie der Innenstadt oder eher im Siedlungsbereich.

Es gibt bereits einige Standorte in Kamen, gegenüber des Rathauses sowie in Heeren-Werve an der Märkischen Straße aber auch (private und privatwirtschaftliche) Standorte: EnBW Schnellladepark, IKEA, ATU, Gartencenter Dehner, Sportstätte Kaiserau, Tesla Ladepark, Technopark, Sesekebaue für Mieter der UKBS und WBG; sowie Anfragen: 2 x im KamenKarree, Hornbach (in Ausführung), Mc Donald's, an einer Tankstelle. Am eigenen Standort der GSW in der Poststraße wird das eigene Angebot auch für Mitarbeiter erweitert.

Die öffentliche Ladesäule vor dem Rathaus auf der Bahnhofstraße wird gut frequentiert: 275 Lade-Sessions mit 550 h. Die folgenden Standorte möchte die GSW nun angehen: Edelkirchenhof/Reckhof, Parkplatz Nordenmauer/ Gymnasium, Koepeplatz, am neuen Sesekebad, Parkplatz Bahnhof Methler oder alternativ Heimstraße/ Germaniastraße, Am Bahnhof (Überprüfung der Stromauslastung notwendig, eventuell Verstärkung des Hausanschlusses Parkhaus im Nachgang).

Herr **Aschhoff** bedankte sich für den Vortrag und erkundigte sich nach dem Bezahlssystem und den Kosten.

Herr **Baudrexl** antwortete, dass es derzeit Fördermittel für die Einrichtung der Infrastruktur gebe. Die Investitionskosten lägen zwischen 10.000 und 13.000 €. Weitere Kostendetails könne er nicht darlegen. Lademengen werden in Zukunft steigen. Als Anbieter profitierten sie von der sog. THG-Quote. Über Zertifikate die verkauft werden könnten, komme Geld an der Stelle zurück, ohne sei dies nicht tragfähig. Das könne das Unternehmen verantworten.

Herr **Heidler** bedankte sich ebenfalls für den Vortrag. In der E-Mobilität läge die Zukunft. Es stelle sich jedoch die Frage, wo es sinnvoll sei Ladeinfrastruktur aufzubauen. Es würde nicht an jedem Parkplatz Sinn machen. Der Ausbau müsse bedarfsgerecht erfolgen. Es brauche auch Partner im Wohnungsbau. Die Gesellschaft habe nicht gewonnen, wenn in Zukunft Alle mit dem E-Auto in die Stadt fahren zu laden. Alternativen wie ÖPNV und der Radverkehr müssten ebenfalls gestärkt werden. Viele würden in Zukunft zu Hause laden.

Herr **Baudrexl** verwies auf die Pflicht eines jeden Arbeitgebers. So wie es nun die Möglichkeit des Homeoffice gebe, müssten Arbeitgeber auch mit Blick auf Mobilität um Fachkräfte werben.

Herr **Kuru** fragte bezüglich der Infrastruktur. Gebe es genug Strom und genug Kabel?

Herr **Baudrexl** erwiderte, das Stromnetz sei seit Jahren gefordert, u.a. durch die vielen EEG-Anlagen. Im Versorgungsgebiet gebe es zwischen 2600 und 2800 EEG-Anlagen, die Strom ins Netz einspeisen würden. Seit Jahren stelle sich die Frage, ob das Netz das aufnehmen könne und seit Jahren ergebe sich daraus eine Herausforderung für den Netzbetreiber. Die Anforderungen der EnBW für den Schnellladepark könnten derzeit nicht bedient werden. Dies sei zu diesem Zeitpunkt noch kein Problem, da noch nicht so viele Kunden parallel dort laden würden und es nur wenige Fahrzeuge gebe, die über die Schnellladetechnik verfügten. Räumlich gesehen bedürfe es an der Stelle einer Netzverstärkung, da auch ein weiterer Betrieb dort in Zukunft erhebliche Kapazitäten benötigen würde. Den Unternehmen sei für die Zukunft die Leistung zugesagt. Ein Mehrfamilienhaus würde in Zukunft voraussichtlich auch nicht mehr mit Niederspannung ausreichend versorgt sein. Kostentreiber sei in erster Linie der Tiefbau. In Zukunft würde es auch um intelligente Steuerung bzw. ein Lastenmanagement gehen. Ein Lastenmanagement sei in dem Zusammenhang in jedem Fall günstiger als der Tiefbau. Die Frage sei, können Ladevorgänge so gesteuert werden, dass nicht alle gleichzeitig am Abend laden. Netzbetreiber aus der Region gingen von Investitionssummen von 20 Mio. € zur Ertüchtigung des Netzes aus. Hier bräuchten auch die Netzbetreiber einen Anreiz zu investieren.

Herr **Gerwin** erkundigte sich, ob die Kosten für Trafos und Leitungen auf alle Endnutzer umgelegt werden würden.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass die Kosten die über Niederspannung (Trafo für Mittelspannung) hinausgingen durch den Nutzer gezahlt würden. Die generelle Netzverstärkung jedoch würde von allen Kunden im Versorgungsgebiet getragen werden. Netzbetreiber besäßen eine Monopolstellung und unterliegen daher der Regulierung im Sinne von Erlösbergrenzen.

Herr **Bierhoff** merkte die negativen Aspekte bezüglich des ökologischen Fingerabdrucks der E-Mobilität an, der geringen Anteile regenerativer Energien im Zusammenhang mit E-Autos, der Akkuproblematik, der Lebensdauer sowie der Kosten an. Viele Menschen besäßen nicht die Möglichkeiten auf teure E-Autos umzusteigen. Ebenfalls merkte er an, dass von einem Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur in erster Linie privilegierte Menschen profitieren würden. Eigentlich wolle man die Verkehre aus der Stadt raus haben. Er stehe der Zukunft der E-Mobilität skeptisch gegenüber.

Herr **Baudrexl** stellte die Frage in den Raum, wie der Klimawandel im Verkehrssektor geschafft werden könne. Auf bundespolitischer Ebene sei die Entscheidung in Richtung E-Mobilität gefällt worden. Die Hersteller stellten sich darauf ein und Fördermöglichkeiten wurden geschaffen.

Herr **Dr. Liedtke** wies darauf hin, dass die Kommune nur die Rahmenbedingungen schaffen könne. Dies tue die Kommune auch für konventionelle Tankstellen, z.B. über Bauleitplanung. Die Frage sei dabei, wie dicht sei das Netz und für wen würde es ausgebaut werden. In Zukunft werden Mehrfamilienhäuser zunehmend Ladepunkte bekommen und auch an den Arbeitsstätten in Gewerbegebieten. Natürlich bedarf es auch öffentlicher Ladepunkte. Wie dicht der Ausbau erfolgen müsse, sei derzeit eine offene Frage.

Herr **Madeja** merkte an, dass das Auto nicht die Lösung für alles sein könne. Der ÖPNV und die Nahmobilität müssten gestärkt werden. Generell gebe es zu viele Autos, eine Reduzierung sei allerdings nicht einfach. Daher müsse mehr in den Radverkehr investiert werden.

Herr **Meier** stellte die Frage, wie Herr Baudrexl den Bedarf an Ladesäulen in Zukunft einschätzen würde.

Herr **Baudrexl** antwortete, dass sich die Gesellschaft in Zukunft umstellen müsse. Inflation, Zinsen, Energiepreise und Marktpreise für Energie kämen derzeit noch nicht im vollen Umfang beim Verbraucher an. Gas- und Stromkosten könnten sich vervierfachen. Hinzu kämen die Inflation sowie die höheren Lebenshaltungskosten. Prognosen zur Entwicklung der E-Mobilität seien schwierig, jedoch seien die Investitionskosten für die genannten Ladepunkte zu verkraften.

Herr **Behrens** stellte die Frage, wie sich die E-Mobilität entwickeln würde. Die öffentliche Hand könne nicht alles übernehmen. Es müsse dem Markt überlassen werden. Ein Drängen auf immer mehr öffentliche Ladepunkte sei falsch, zukünftig bedarf es auch Lademöglichkeiten auf privaten Flächen. An der Stelle seien auch andere gefordert und es brauche eine konzentrierte Aktion.

Herr **Baudrexl** führte aus, dass derzeit an vielen Stellen Ladepunkte entstünden. Für Arbeitgeber, Betriebe und Wohnungsbauunternehmen gehöre es bereits zum guten Ton Ladepunkte einzurichten.

Herr **Liedtke** ergänzte, dass Unternehmer und Wohnungsbauunternehmen perspektivisch mit einbezogen würden. Wo gebe es Nachfragen und Bedarfe. Dies habe dann immer Auswirkungen auf das Netz.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass die großen Mineralölkonzerne bereits dabei seien, Flächen in den Kommunen zu eruieren. Da ginge es auch um den Ausbau bestehender Standorte, da sei derzeit sehr viel Bewegung drin.

Herr **Sekunde** merkte an, dass der Dialog zwischen Stadtentwicklung und GSW sehr wichtig sei. Bei Bedarfsmeldungen ginge es sowohl um eine Priorisierung als auch um die Wirtschaftlichkeit.

Herr **Baudrexl** gab an, es gebe immer wieder Anfragen von vielen Seiten. Dabei würde immer geschaut werden, ob es nur um 6 Mitarbeiter ginge oder die Zielgruppe größer sei. Entscheidungen würden immer in enger Abstimmung mit der Stadtentwicklung getroffen werden.

Herr **Gerwin** gab zu bedenken, dass der ÖPNV zu stärken sei und dass im Sinne des Einzelhandels die Menschen in die Innenstadt zu locken seien.

Herr **Dr. Liedtke** führte aus, dass das Ziel nicht die autogerechte Stadt sei, sondern es gelte das Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Daher würden auch der ÖPNV sowie der Radverkehr gestärkt werden. Funktionen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit dürften nicht weiterhin getrennt gedacht werden.

Herr **Kuru** merkte den Parkplatz der Gesamtschule als Standort für eine Ladesäule an.

Herr **Dr. Liedtke** bewertete den Parkplatz auch als wichtig.

Herr **Baudrexl** verwies allerdings darauf, dass der Parkplatz nicht öffentlich sei. Bei der Gesamtschule sei die GSW daher raus. Dies gelte generell immer dann, wenn es um nicht öffentliche Ladepunkte ginge.

Herr **Dr. Liedtke** stellte fest, dass dies ein Thema für die Stadt als Schulträger sei.

Frau **Kollmann** machte nochmals deutlich, dass die E-Mobilität, der ÖPNV, das Fahrrad sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien parallel betrieben werden müssten.

Herr **Aschoff** ergänzte zum Schluss, dass Fragen auch nachgereicht werden könnten.

Herr **Breuer** führte aus, dass es sich an dem Punkt um einen ersten Aufschlag handele. Die ersten Standorte seien vorgeprüft, es gebe Trafos in der näheren Umgebung und auf weitere Anfragen würde die Stadt sich vorbereiten. Parallel würde auch eine Richtlinie zur Einrichtung von öffentlicher Ladeinfrastruktur durch die Verwaltung erarbeitet. An dieser Stelle ginge es darum zu fixieren, wie mit externen Anfragen umgegangen werden könne. Standorte könnten perspektivisch auch im Flächentool der Bundesregierung registriert werden, sodass Investoren Einblick nehmen könnten, welche Standorte für sie ggf. noch interessant sein könnten. Hinzu käme das ganz aktuelle Klimaschutzkonzept des Kreises Unna, in dem es auch um das Thema Ladeinfrastruktur ginge. Eine Abstimmung mit dem Kreis und mit dem neuen Mobilitätsmanager würde angestrebt werden.

Zu TOP 3.2.

Sachstandsbericht zur Erarbeitung eines Konzepts für den Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektroautos  
hier: Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nach den Ausführungen und Erläuterungen durch Herrn Baudrexel wurde dieser Tagesordnungspunkt zurückgezogen.

Zu TOP 4.  
048/2022

Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes für die Gesamtstadt, Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes für den Stadtteil Methler sowie Erstellung eines Energetischen Quartierskonzeptes für den Stadtteil Methler  
Stand der Vergabe und Darstellung der Prozessstruktur

Frau **Haake** führte aus, dass die gemeinsame Ausschreibung aller drei Konzepte stattgefunden habe. Drei Bieter, bzw. Bietergemeinschaften hätten ein Angebot abgegeben. Nach eingehender Prüfung aller Unterlagen habe die Bietergemeinschaft ICM (Bottrop) und Gertec (Essen) den Auftrag für die Gesamtbearbeitung erhalten. Das Büro Gertec habe auch ganz aktuell für das Klimaschutzkonzept des Kreises Unna verantwortlich gezeichnet. Das Büro ICM sei aus dem Prozess „Innovation City Ruhr“ entstanden und zeichne für die Bearbeitung der Quartiersebene verantwortlich. Die Schwerpunkte der Ausschreibung könnten der Mitteilungsvorlage zu dem Tagesordnungspunkt entnommen werden. Eine detaillierte Darstellung der Prozessstruktur würde im Rahmen eines Ausschusses durch den Auftragnehmer stattfinden. Eine umfangreiche Akteurs- und Bürgerbeteiligung sei Bestandteil des Gesamtprozesses.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass das Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung ein zentraler Bestandteil des Gesamtprozesses sei.

Zu TOP 5.  
047/2022

Kommunales Förderprogramm „Artenreich und bunt“ – Maßnahmen zur Begrünung von Garagen und Carports in der Stadt Kamen

Herr **Breuer** führte aus, dass der Bearbeitungsstand identisch mit der Version aus dem letzten Jahr sei. Geändert habe sich nur der Titel. Im letzten Jahr konnte jedoch nur beraten werden, weil der Haushalt noch nicht beschlossen war. Mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln könne nun ein Beschluss gefasst werden.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte nochmals, dass der Rat die Mittel per Beschluss bereits bereitgestellt habe. Somit könne zeitnah mit einer Umsetzung begonnen werden.

Herr **Kuru** erkundigte sich, ob es vorgesehen sei, die Unterlagen als Onlineformular bei der Stadt einreichen zu können.

Herr **Breuer** antwortete, dass es voraussichtlich möglich sein wird, ein PDF-Dokument online auszufüllen und einschicken zu können.

Herr **Sekunde** erkundigte sich, wie genau es mit den Eigenleistungen sei und wie diese zu verrechnen seien. Handelte es sich bei den Haushaltsmitteln von 10.000 € um einen einmaligen Betrag.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, die 500 € bezögen sich dann auf das Material. Eigenleistung sei klar auch möglich. Hierzu könne ein Kästchen im Formular ergänzt werden. Er könne sich sehr gut vorstellen, dass das Programm fortgeführt wird und dies dann dem Rat vorzuschlagen. Dies sei allerdings abhängig von der Nachfrage.

Herr **Sekunde** fragte nach, ob der Eigentumsnachweis digital angefordert werden könne.

Herr **Breuer** weist darauf hin, dass es nur schwierig sein könne, wenn im Grundbuch bzw. im Liegenschaftskataster mehrere Eigentümer eingetragen seien. Die erforderlichen Nachweise gebe es mittlerweile auch digital.

Herr **Gerwin** erkundigte sich, wie sichergestellt werden könne, dass die Dachbegrünung über einen langen Zeitraum in Takt bleibe.

Herr **Breuer** verwies auf die 5 Jahre, die der Eigentümer verpflichtet sei, das Dachgrün zu pflegen. Da es aber gerade bei extensiver Dachbegrünung um trockenresistente Sukkulente ginge, sei der Pflegeaufwand sehr gering.

Herr **Behrens** regte an, nach einer gewissen Zeit eine Evaluation des Programms durchzuführen und die Dächer samt Bepflanzung in Augenschein zu nehmen.

Herr **Dr. Liedtke** merkte an, man könne den Bürgern in dem Zusammenhang vertrauen. In einem 20 Jahre alten Bereich in Methler unterhalb des Kurler Busches (Wohngebiet am Schulzenhof) wurde damals auch Dachbegrünung festgesetzt. Bei einem Blick auf das Luftbild seien an der Stelle 95 % der Garagen grün und würden somit ihren Zweck erfüllen.

Herr **Bierhoff** erkundigte sich, ob die Anträge nach Eingang oder nach tatsächlichen Bedarf („Bedürftigkeit“) berücksichtigt würden.

Herr **Dr. Liedtke** sehe keine Möglichkeit eine Prüfung der Bedürftigkeit in der Praxis umzusetzen.

Herr **Gerwin** sehe in dem Förderprogramm den Aspekt, dass von einem Gründach, anders als bei einem Lastenrad, die gesamte Gesellschaft profitiere und bewertet dies als positiv.

### **Beschluss:**

- Der Rat der Stadt Kamen beschließt das kommunale Förderprogramm „Artenreich und bunt“ – Förderung von Maßnahmen zur Begrünung von Garagen und Carports in der Stadt Kamen incl. der dazu gehörigen Förderrichtlinien.

- Die Verwaltung der Stadt Kamen wird beauftragt, das Förderprogramm zu koordinieren, zu begleiten und Antragsstellerinnen und Antragssteller ein entsprechendes Beratungsangebot anzubieten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Klimaschutzgremium  
Bericht der Verwaltung

Frau **Haake** berichtete von dem ersten Termin des Klimaschutzgremiums am 02.11.2021 in der Stadthalle. Dieser konnte glücklicherweise trotz Corona stattfinden. Der Teilnehmerkreis sei sehr breit gewesen: Politik, Akteure (GSW, GWA, VZ, Krankenhaus), Schüler, Bürgerinnen und Bürger. Nach einer allgemeinen Einführung sei in fünf Kleingruppen gearbeitet worden. Die Ergebnisse der Diskussionen seien im Anschluss im Plenum vorgestellt worden. Im Ergebnis seien sowohl Themen als auch konkrete Ideen gesammelt worden. Diese seien in einer Dokumentation gebündelt worden. Die Erwartungshaltung dürfe nun nicht sein „ich gehe dahin, sage meine Idee und irgendjemand wird das schon umsetzen“. Sondern der Impuls müsse sein, „ich gehe dahin, weil wir nur gemeinsam etwas bewegen können“. Es ginge im Kern darum, die Stadtgesellschaft zum Handeln in Sachen Klimaschutz anzuregen, Ideen auszutauschen und gemeinsam aktiv zu werden. Klimaschutz finge bereits im Kleinen an.

An alle Personen im Verteiler sei zu Beginn des Jahres der Hinweis rausgegangen, dass der Bürgerhaushalt eine gute Möglichkeit darstelle, Gelder für klimaschutzrelevante Projekte zu generieren. In der Projektliste des Bürgerhaushaltes befänden sich nun einige Projekte mit Bezug zum Klimaschutz.

Der zweite Termin wird am 02.06.2022 in der Stadthalle stattfinden. Ein erstes Save the date sei dazu bereits sehr früh rausgegangen. Auf der Tagesordnung stünden folgende Punkte:

- Klimaschutz zum Mitmachen, Projekte und Aktivitäten der Stadt Kamen
- Klimaschutz am Hellmig Krankenhaus mit Monique Moch-Lasok als externe Referentin
- Darstellung bzw. Arbeit an den gesammelten Themen und Ideen über Stellwände im Rahmen einer ausgiebigen Netzwerkpause mit vegetarischen Häppchen
- Zusammenfassung und Ausblick

## Zu TOP 7.

### Plakate Beetpatenschaften und Wiesenschilder „Artenreich“ Bericht der Verwaltung

Frau **Haake** führte aus, dass die Plakate am 16.05.2022 (am Tag des Ausschusses) geklebt wurden. Eine Einbringung vor der Landtagswahl sei leider nicht möglich gewesen. Das Thema würde auch nochmal auf der Homepage nach vorne rücken und auch eine Pressemitteilung sei vorbereitet.

Zur Kennzeichnung von artenreichen Flächen wurde ein Schild auf AluDibond produziert, welches auf die Reduzierung der Mahd bzw. auf Blühflächen hinweisen soll. Dieses Schild würde nun nach und nach an unterschiedlichen Stellen in der Stadt angebracht werden.

Das dritte Jahr in Folge würde nun auch wieder eine große Menge (3 kg) regionales Wildblumensaatgut des Herstellers Rieger-Hofmann an Bürgerinnen und Bürger verteilt werden.

## Zu TOP 8.

### Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Breuer** gab einen Zwischenbericht zur Bürgeranregung „Stromanschluss für Taxen auf dem Marktplatz“. Eine Abfrage aller Taxiunternehmen habe stattgefunden. Derzeit sei kein E-Taxi in Kamen unterwegs und dies sei mittelfristig auch nicht absehbar. Eine Abstimmung mit dem Kreis Unna als Aufsichtsbehörde solle noch stattfinden. Es sei zu klären, ob und wann eine Umstellung der Taxiflotten zu erwarten ist und wo diesen dann Ladepunkte zur Verfügung stehen könnten. Mit einem Ergebnis sei nach der Sommerpause zu rechnen.

Frau **Haake** gab einen kurzen Zwischenstand zum Stadtradeln. Im Gesamtranking im Kreis Unna lege die Stadt Kamen derzeit auf Platz 6. Im Schnitt lege Kamen bei 1,2 km/EW, Spitzenreiter Selm liegt bei 3,09 km/EW. Aktuell seien 585 Aktive im System verzeichnet. Besonders hervorzuheben seien die Aktivitäten der Fridtjof-Nansen-Realschule, die als Newcomer beim Stadtradeln über 140 Schülerinnen und Schüler aktivieren konnten.

Herr **Harrach** gab an, der alte Spielplatz in der Fichtestraße sei Ende April mit dem Rieger-Hofmann Wildblumensaatgut eingesät worden. Des Weiteren berichtete er, in der Regel würde die Stadt Kamen eine Frühjahrs- und eine Herbstpflanzung von Bäumen vornehmen. Anfang des Jahres sei eine Vergabe über 25 Bäume angestoßen worden. Es habe jedoch keine Vergabe erfolgen können, weil keine Angebote abgegeben worden seien. Die Vergabe für den Herbst solle nun frühzeitig erfolgen, um ggf. nachsteuern zu können.

Herr **Kuru** merkte an, er habe privat auch das Problem, Bäume entsprechend der Auflagen aus der Baumschutzsatzung zu bekommen und bittet zu prüfen ob für die Bürgerinnen und Bürger die Frist für Neupflanzungen gemäß der Baumschutzsatzung verlängert werden könnte.

Herr **Harrach** antwortete, dass er Fristverlängerungswünschen in der Regel immer statt geben würde. Den Hinweis über Lieferschwierigkeiten gebe er den Antragstellern außerdem direkt mit auf den Weg.

Herr **Helmken** stellte eine Rückfrage zu der Thematik Taxistände. Es sei auch darum gegangen, ob den Taxen eine einfache Steckdose für eine Standheizung im Winter zur Verfügung gestellt werden könne. Problematisch sei das Motor laufen lassen im Winter.

Frau **Haake** gab an mit den Taxiunternehmen gesprochen zu haben. Es wurde ihr mitgeteilt, dass die Nachrüstung einer Standheizung mit hohen Kosten verbunden sei, auf der anderen Seite aber auch laufen lassen des Motors verboten sei. Kein Taxiunternehmen habe die Anschaffung eines E-Taxis in Erwägung gezogen.

Herr **Sekunde** erkundigte sich bei Herrn Harrach, ob von den Lieferschwierigkeiten im Baumbereich auch die Pflanzaktion im Bürgerwald betroffen sei.

Herr **Harrach** antwortete, er habe derzeit keine Bedenken, da es für den Bürgerwald eine Kooperation mit einem lokalen Anbieter gebe, der sich frühzeitig um die Organisation der Bäume kümmern würde.

Frau **Kollmann** erkundigte sich nach der Schotterfläche an der Kreuzung Lünener Straße/Hochstraße sowie nach dem Stand der Stellenausschreibung zum Thema Klimaschutzmanager.

Herr **Breuer** gab an, es habe Gespräche mit dem Eigentümer der Schotterfläche gegeben. Der Eigentümer habe aber keine Absichten, etwas an der Beschaffenheit der Fläche zu ändern. Die Stadt sei an der Stelle auch keine eindeutige rechtssichere Handhabe bekannt, eine Veränderung zu erzwingen. Das Thema Schottergärten stünde aber auch generell noch auf der To-Do-Liste der Stadt Kamen. Dies sei allerdings auch an die zweite Frage bezüglich der Stellenbesetzung Klimaschutzmanager geknüpft. Ggf. komme auch durch eine neue Landesregierung mit einer neuen Landesbauordnung Schwung in das Thema.

Herr **Dr. Liedtke** gab an, dass die Stelle erneut ausgeschrieben werden musste, da sich in der ersten Runde niemand finden ließ. Nun scheine jemand gefunden. Allerdings müsse mit dem alten Arbeitgeber zunächst ein Auflösungsvertrag unterzeichnet werden, damit der Vertrag mit der Stadt Kamen unterzeichnet werden können. Dies sei für die kommende Woche vorgesehen. Der Bewerber sei berufserfahren und komme aus dem Bereich der Energie- und Umwelttechnik.

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Aschhoff  
Vorsitzender

gez. Breuer  
Schriftführer